

**ANFRAGE** von Hans Egli (EDU, Steinmaur), Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht) und Erich Vontobel (EDU, Bubikon)

betreffend Soll der Islam öffentlich-rechtlich anerkannt werden?

In einem Interview mit der Zeitschrift PS setzt sich Regierungsrätin Jaqueline Fehr für die öffentlich-rechtliche Anerkennung von Islamischen Vereinen ein.

Eine Gleichstellung islamischer Verbände mit den Landeskirchen in der Schweiz wäre nur nachvollziehbar, wenn sich die Dachorganisation aller muslimischen Verbände und Vereinigungen in der Schweiz und alle ihr angeschlossenen Organisationen und Mitglieder explizit zu den Verfassungswerten unseres Landes bekennen würden. Das wird schwierig. Ein Hauptziel des Islams war und ist die Weltherrschaft. Der Islam teilt die Erde in zwei Bereiche ein, in das „Haus des Friedens“, in dem nur noch Muslime leben, und das «Haus des Krieges», in dem auch Nicht-Muslime leben. Die Unterscheidung zwischen einem politisch neutralen Islam und dem politischen Islamismus ist daher sehr schwierig. Der Islam ist seinem Wesen nach eine politische Bewegung, da er keine Trennung von Staat und Religion kennt.

69/2017

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Entsprechen die öffentlichen Äusserungen von Frau Fehr der Haltung des Gesamtregimentes oder handelt es sich um die alleinige Meinung der Justizdirektorin?
2. Der Islam kennt keine Glaubensfreiheit. Täglich werden Christen in muslimischen Ländern verfolgt. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, dass die Christen weltweit eine der am meisten verfolgte Glaubensrichtung ist? Ist sich der Regierungsrat der Gefahr bewusst, dass ultima ratio Christenverfolgung auch in Europa einsetzen kann?
3. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass eine öffentlich-rechtliche Anerkennung den Trend zu einer muslimischen Parallelgesellschaft verstärken würde, was einer echten Integration von zugezogenen Muslimen in der Schweiz entgegensteht?
4. Was sagt der Regierungsrat zur Aussage von Emil Shimoun Nona, Erzbischof von Mossul: «Unsere Leiden hier sind nur ein Vorgeschmack dessen, was den Christen Europas und des Westens insgesamt in naher Zukunft bevorsteht»?
5. Könnten im Falle einer Anerkennung nicht Vereinigungen und Verbände zu Daten gelangen und Rechte und Privilegien verliehen erhalten (wie beispielsweise Einsicht in Einwohnerdaten, Zugang zum Religionsunterricht an staatlichen Schulen und die Erhebung von «Kirchensteuern»), welche sich den Händen von Vereinigungen mit nicht 100%ig verfassungskongruenten Handelns als überaus problematisch zu betrachten sind?
6. Gerichte in Deutschland und England haben in Urteilen bereits Scharia-Recht akzeptiert. So wurden Kinderehen und Polygamie von Immigranten und Flüchtlingen anerkannt. Wie stark erachtet der Regierungsrat die Gefahr, dass unsere Gerichte unter dem Deckmantel der Europäischen Menschenrechtskonvention Scharia-Recht anerkennen?

Hans Egli  
Hans-Peter Amrein  
Erich Vontobel